

## **Protokoll Plenum 2: Wer spricht für wen? Politische Vertretung und Organisation**

- Zeitpunkt: Samstag Vormittag
- Referent\*innen: Claudia de Pinho (Comissão Nacional dos Povos e Comunidades Tradicionais) und Marquinho Mota (FAOR)
- Moderation: Tina Kleiber (Brot für die Welt)
- Protokollantin: Lena Keller

Zunächst werden die Teilnehmer\*innen durch die Moderatorin begrüßt und kurz der Ablauf des Plenums skizziert: In einem ersten Teil werden die beiden Referent\*innen jeweils einen Input geben und in einem zweiten Teil wird das Plenum für Fragen aus dem Publikum geöffnet.

Teil 1)

Claudia de Pinho ist Pantaneira aus der Gemeinde Lagoa de Pedra im Bundesstaat Mato Grosso (im s.g. Pantanal-Gebiet), sie vertritt die Gemeinschaft der Pantaneiros auf nationaler Ebene.

Claudia de Pinho geht in Ihrem Vortrag zunächst auf ihr Verständnis traditioneller Völker und Gemeinschaften ein. Hierbei ist für sie ausschlaggebend, dass man sich selbst als Fortsetzung der Vorfahren ansieht. Darüber hinaus gibt es verschiedene Repräsentationen, die eine Gemeinschaft ausmacht. Bei den Pantaneiros bspw. bestimmtes Kunsthandwerk, spezifische Speisen und Getränke, welche Kennzeichen des Lebens in der Region sind und auch deren Anpasstheit an die natürlichen Gegebenheiten (Feuchtgebiet etc.) widerspiegeln.

Als zweiten Schritt geht Claudia de Pinho auf die Kommission Traditioneller Völker und Gemeinschaften ein, welche sich als Netzwerk versteht.

Das Netzwerk repräsentiert verschiedene Gemeinschaften, wobei manche selbst in Verbänden organisiert sind und andere einzeln vertreten sind. Bisher inkludiert das Netzwerk insgesamt 70 Organisationen. Anliegen war es, Traditionelle Völker und Gemeinschaften einen Raum zur politischen Artikulation zu bieten und somit der „Unsichtbarkeit“ bestimmter Gruppen auf politischer Ebene entgegen zu treten. Dies beschreibt Claudia als wichtigen Schritt für die Selbstbestimmung dieser Völker und Gemeinschaften. Das Netzwerk ist mit s.g. Koordinator\*innen organisiert, d.h., es gibt keine\*n „Chef\*in“, sondern bestimmte Bereiche, die von Koordinator\*innen organisiert werden. Hierbei sollte beachtet werden, dass sich die „Subregionen“ wiederum regional unterscheiden, was die Diversität traditioneller Völker und Gemeinschaften einmal mehr verdeutlicht. Das Netzwerk ist horizontal koordiniert, was heißt, dass es national, bundesstaatlich und lokal organisiert ist.

Der politische Kampf wird primär zur Erhaltung der Gebiete und Territorien der verschiedenen Völker und Gemeinschaften verstanden und wird über die Nationale Kommission geführt. Seit 1988 die formale Anerkennung Indigener und Quilombolas erfolgte, brachte dieser Schritt den Wunsch zur Artikulation anderer Gruppen hervor, weshalb die Kommission 2004 ins Leben gerufen wurde. Zunächst artikulierten sich über die Kommission 15 verschiedene traditionelle Völker und Gemeinschaften, später waren es 17 und heute sind es insgesamt 28 verschiedene Gruppen, wobei essentiell ist, dass sich jede Gruppe quasi „selbst bestimmt“ und definiert und sich selbst dementsprechend auch als Traditionelle Gemeinschaft artikuliert und identifiziert. Ein wichtiges Ergebnis auf politischer Ebene war der Erlass des Dekretes 6040, welches formal Traditionelle Völker und Gemeinschaften und deren Rechte anerkennt. Die größte Herausforderung stellt die Durchsetzung jener Rechte dar, weshalb sich die Kommission drei politische Ziele gesetzt hat:

- 1) Bestehende Rechte Traditioneller Völker und Gemeinschaften verteidigen
- 2) Durchsetzung des Rechtes auf Anerkennung weiterer Territorien als Ganze (also auch deren Bewirtschaftung und Nutzung natürlicher Ressourcen)
- 3) Anerkennung der Lebensweise der Gemeinschaften, die sie als Subjekte der Nachhaltigkeit bzw. als Vorbild für die Gesellschaft als Anpassungsform an den Klimawandel anerkennt

Zum Abschluss skizziert Claudia de Pinho noch verschiedene Herausforderungen für die Kommission wie die Frage der Autonomie der Zivilgesellschaft, da die Kommission paritätisch organisiert sei, weshalb öfters konträre Interessen vorherrschten, verschiedene Forderungen nicht durchgesetzt werden können. Sie erachtet deshalb die Artikulation der Gemeinschaften außerhalb der Kommission

und auf internationaler Ebene als sehr wichtig! Als Ausblick gibt Claudia an, dass die Kommission aus formalen Gründen zukünftig vorhat sich als Rat zu organisieren.

Marquinho Mota kommt aus Santarém am Rio Tapajós, und koordiniert u.a. das Projekt "Rios Livres" bei FAOR. FAOR besteht seit 1992 und vernetzt weit voneinander entfernte Gemeinden in vier Bundesstaaten Amazoniens

Marquinho Mota betont in seiner Begrüßung, dass nicht nur Indigene im Amazonasgebiet und ihre Rechte anerkannt werden wollen, sondern dass darüber hinaus ganz verschiedene Gruppen und Gemeinschaften ihre Gebiete schützen wollen und dementsprechend auch juristische und politische Anerkennung verfolgen. Mota konstatiert, dass FAOR seit 2009 am Fluss Xingú formiert ist, wo Belo Monte gebaut wurde. Marquinho umreißt die Folgen der Errichtung des Staudammes (Abschneidung einer Flußschleife von ca. 100km, Vegetation dort wird aussterben, betroffene Bevölkerung erhält keine Entschädigungen etc.). Darüber hinaus klagt Marquinho Mota an, dass es für die Durchsetzung der Rechte der Betroffenen keine Unterstützung der linken Regierung unter der PT gab und gibt, sondern im Gegenteil, das Projekt erst wieder durch Lula auf die politische Bühne zurück geholt wurde und nun entgegen aller sozialer Folgen und Umweltauflagen durchgesetzt wurde. Das Belo Monte Projekt wird vielmehr sogar noch als Modell für die Durchsetzung weiterer Staudammprojekte angesehen, unter anderem der Staudambauten am Rio Tapajós, wo die Munduruku leben. FAOR unterstützt die Munduruku in ihrer Organisation und Artikulation gegen jedweden Staudambau. Einerseits wird die Selbstorganisation der Indigenen bspw. mit der Schaffung von Räten unterstützt und begleitet. Andererseits betreibt FAOR gezielt Lobbyarbeit gegenüber der Politik. Die Munduruku wollen die ILO Konvention 169 durchsetzen, welche die Anerkennung der Rechte Indigener und vor allem die Beteiligung und Anhörung bei Großvorhaben in ihren Gebieten garantiert. FAOR übersetzt beispielsweise zu diesem Zweck alle Teilschritte, die bereits seitens der Umweltverträglichkeitsstudie durchgeführt wurden in die Sprache der Munduruku und klärt darüber hinaus insgesamt über die Situation auf, die oftmals weit über das vorhandene Vokabular der Munduruku hinaus gehen.

Nach Außen unterstützt FAOR den Kampf der Munduruku dafür, dass die gesamte Umweltverträglichkeitsstudie von 40.000 Seiten ins Munduruku übersetzt wird, was laut der ILO Konvention Pflicht ist. Marquinho Mota bestont, dass die Munduruku politisch nicht wirklich auf Unterstützung hoffen können, da bspw. auch in der FUNAI Vetternwirtschaft vorherrschend und diese auf höchster Ebene keine tatsächliche Vertretung Indigener Interessen darstellen kann. Das Gleiche gilt für das Parlament und die immer weiter voranschreitende Isolierung Dilmás. Überaus wichtig ist deshalb, die Anliegen der Munduruku auch international sichtbar zu machen! Neben dieser Forderung geht Marquinho Mota abschließend noch auf die individuelle Verantwortung auf europäischer Seite ein: Auch in Europa müssen Menschen ihr Konsumverhalten überdenken, bspw. Fleisch und Soja aus Amazonien boykottieren und endlich genügend Verantwortung für die lokale Situation vieler Betroffener in Amazonien übernehmen.

Teil 2)

Im Anschluss an Marquinho Motas Vortrag leitet die Moderation die erste Fragerunde ein, die aus vier Nachfragen besteht.

- 1) Besteht ein Mobilisierungspotenzial bei der brasilianischen Mittelschicht für Anliegen?
- 2) Welche Verbündete gibt es noch, bspw. andere soziale Bewegungen/Gewerkschaften, vielleicht auch auf Regierungsebene, oder evtl. internationale Verbündete?
- 3) Es besteht die Bitte, die vier grundlegenden thematischen Schwerpunkte der Kommission durch Claudia nochmals näher zu erläutern.
- 4) Wie ist der Stand der Expansion der Sojawirtschaft im Pantanal-Gebiet?

Zunächst beantwortet Marquinho die Frage

- 1) Die Mobilisierung der Mittelschicht empfindet er als kompliziert, da jene rein über ihr Konsumverhalten zu solcher geworden ist und es sich nicht um eine traditionelle Mittelschicht handelt. Zur derzeitigen s.g. Mittelschicht zählen mehrheitlich konservative Leute, bspw. Söhne von Großgrundbesitzern, weshalb Marquinho eine Mobilisierung dort tendenziell für unwahrscheinlich hält und nicht erwartet.

Im Anschluss beantwortet Claudia alle Fragen

- 1) Claudia fügt zu Marquinhos Antwort noch hinzu, dass die neue brasilianische Mittelschicht politisch nicht gefestigt sei und es sich ihrer Definition nach eher um eine „Schwellenmittelklasse“ handle.
- 2) Auf Regierungsebene gibt es einerseits Ministerien, die Sensibilität für Anliegen aufweisen, bspw. das Ministerium für Hungerbekämpfung, welches auch in Kommission vertreten ist. Das Vorhaben, die Kommission in einen Rat umzuformen, soll u.a. dazu beitragen, dass Dialog aufrechterhalten wird. Claudia merkt darüber hinaus an, dass zu den engsten Verbündeten auf ministerieller Ebene das ehemalige Fischereiministerium gezählt hat, welches inzwischen in ein anderes Ministerium fusioniert worden ist und somit nicht mehr als Unterstützer gezählt werden kann. Andere Ministerien sind nicht offen für einen Dialog, so wie das Landwirtschaftsministerium, welches hauptsächlich die Interessen des Agrobusiness vertritt, genauso wie das MMA (Umweltministerium). Claudia hebt hervor, dass die Bundesanwaltschaft auf Seiten der Kommission stünde und somit als Verbündeter zählen kann. Auf internationaler Ebene sieht Claudia eine große Unterstützung für die Anliegen von Indigenen und Quilombolas, für andere Gruppen weniger. Letztere sollten auch international mehr Gehör finden.
- 3) Die vier Arbeitsschwerpunkte der Kommission sind: mehr Zugang zu Territorien zu sichern, Infrastruktur verbessern, Soziale Einbindung der Gruppen fördern (bspw. in Bildungsprogrammen), die Förderung von Bewirtschaftung der Territorien und Vertrieb von Produkten
- 4) Der Sojaanbau im Pantanal schreitet voran, was besorgniserregend ist. Zunächst erfolgte der Anbau von Soja nur auf dem Hochplateau, inzwischen kommen die abfallenden Gifte aber auch schon in den Talregionen an, eine gute Situationsbeschreibung kann unter der Projektbeschreibung „Pantanal por inteiro“, einem Projekt der niederländischen Entwicklungszusammenarbeit gefunden werden

Tina Kleiber lässt nach der Beantwortung des Frageblocks drei weitere Fragen zu:

- 5) Ist es nicht falsch, nicht mit dem Landwirtschaftsministerium zu verhandeln?
- 6) Was ist an der Tagesordnung bei Kämpfen der sozialen Gruppen, was fehlt vielleicht auch?
- 7) Belo Monte ist nun gebaut und wird wahrscheinlich in Betrieb gehen → was ist die Hoffnung am Tapajós, dass man erfolgreich sein kann und was können wir in Europa dazu beitragen?

Marquinhos Antworten:

- 5) Verhandlungen seien nicht möglich, da überhaupt kein Interesse von Ministeriumsseite besteht. Claudia fügt später hinzu, dass die Kommission bei verschiedenen Anlässen auf Ministerien mehrere zugegangen sei, aber meistens keine Antwort und keine Rückmeldung kam.
- 6) Und 7) Marquinho bejaht die Aussage, dass die (auch internationalen) Proteste sehr groß bezüglich der Errichtung des Staudammes Belo Monte waren und sind. In diesem Sinne sei der Kampf auch erfolgreich verlaufen, da ein umfangreiches Netzwerk mit diversen Akteuren und Akteurinnen geschaffen wurde. Große Aufmerksamkeit wurde so auf Brasilien gelenkt und es wurde das rechtliche Mittel zur Verzögerung derartiger Großprojekte geschaffen, die s.g. "Sicherheitsunterbrechung". Es wurden im Zusammenhang mit Belo Monte mehr als 30 solcher Prozesse von Staatsanwaltschaft „aus Sicherheitsgründen“ angestoßen. Als schwierig betrachtet Marquinho die Tatsache, dass Richter bestechlich seien und es keine unabhängige

Judikative im Land gäbe. Trotzdem haben es die Sozialen Bewegungen geschafft, auf Unrecht hinzuweisen und jenes publik zu machen. Das Problem sei, dass der Kompromiss der Politik mit der Wirtschaft mächtiger sei als der Protest. Trotzdem kann nicht behauptet werden, dass die Zivilgesellschaft auf irgendeine Art und Weise den Kampf verloren hätte! Ein fundamentaler Unterschied zur Lage bei Belo Monte sei am Tapajós die Tatsache, dass die Munduruku vereint gegen den Bau der Staudämme auftreten und sich dementsprechend vereint artikulieren.

Die Moderatorin Tina Kleiber schließt das Plenum mit dem Hinweis darauf, dass die Situation am Tapajós von einem anderen Blickwinkel aus betrachtet werden sollte, nämlich unter der Frage: Was wurde bisher erreicht? Zum einen wäre da beispielsweise die Selbstdemarkierung ihrer Territorien durch die Munduruku als geschickter Schachzug gegen die Aneignung ihrer Gebiete durch die Behörden. Zum anderen wurden konkrete soziale und ökologische Kosten eines Großprojektes wie Belo Monte zum ersten Mal detailliert aufgezeigt, was es bis dato nicht gab. Diese Kosten zeigen in aller Deutlichkeit das hohe Risiko, welches Großprojekte bedeuten, dies kann ein wichtiger Schritt zur Verhinderung weiterer solcher Projekte sein.